



Auf einer Weinbergsfläche könnte ein 20000 Quadratmeter großes Wohngebiet entstehen. Im Hintergrund liegt die Pestalozzistraße mit ihren Häusern. Foto: DigiAtel/Heibel

Wirbel um mögliches Wohngebiet

Entwurf des Flächennutzungsplans: „Initiative Wingertschutz“ ist gegen die Umwandlung von Weinbergs- in Bauland

ELTVILLE (olko). In der Rosenstadt wächst der Widerstand gegen ein mögliches Baugebiet nördlich der Pestalozzistraße. So hat sich mittlerweile um Werner Gundlach eine „Initiative Wingertschutz“ formiert, die vor der Umwandlung von Weinbergs- in Bauland warnt. Wie berichtet, ist im Vorentwurf des neuen Flächennutzungsplans für Eltville an der Pestalozzistraße zwischen Am Hanach und Rilkeweg ein 20000 Quadratmeter großes Wohngebiet eingezeichnet.

Kürzlich hatten schon Anwohner der rund 500 Meter entfernten Friedrichstraße wegen der möglichen Häuser nördlich der Pestalozzistraße Bedenken geltend gemacht – weil sie mehr Verkehr fürchten. Dagegen treibt Gundlach um, dass ein Wohngebiet an dieser Stelle das Aus für bestockte Weinberge in der Lage Sonnenberg bedeuten würde.

Daher hat der Anwohner Mitstreiter um sich geschart; aktuell hat er eigenen Angaben nach al-

lein nach knapp 50 Personen im Verteiler. In Briefen an Bürgermeister Patrick Kunkel (CDU) und die Stadtverordneten sowie in der Bürgerfragestunde des Ortsbeirats wurde der Unmut über die Pläne kundgetan.

Die Umwandlung bestockter Weinberge nennt Gundlach „einen Frevel an der typischen Rheingauer Landschaft“. In einem Brief an die Stadtverordneten heißt es: In der Vergangenheit hätten die Eltviller Bürger „traurig, aber ohnmächtig und hilflos mit ansehen müssen, wie Stück für Stück Weinbergslagen (Klümbschen/Kalbspflicht, Sterzel, Ober Setzling, Sonnenberg) den Interessen von Bodenspekulanten und Bauträgern geopfert wurden“. Daher werde man sich jetzt energisch gegen eine immer weiter fortschreitende Vernichtung von Wingerten stellen.

Vor nicht einmal zwei Jahren seien die Gremien stolz gewesen, den von den Staatsweingütern geplanten Bau einer Maschinen-

halle im Baiken mit einem „generösen Angebot“ abgewendet zu haben. Und jetzt wolle man „ohne Skrupel ein Mehrfaches an Fläche bedenkenlos einem ausufernden Bauboom preisgeben?“, fragt Gundlach. Von den Politikern verlangt er, die „drohende Katastrophe aufzuhalten“. An den Rathauschef schrieb Gundlach, dass Kunkel ihm 2018 vor der Bürgermeisterwahl versichert habe, es gebe einen „parteiübergreifenden Konsens“, kein weiteres Weinbergsland mehr in Bauland umzuwandeln. „Ist die Halbwertszeit dieses Versprechens wirklich so kurz, wie es jetzt den Anschein hat?“

„Ich habe keine Macht, der Stadt die Ausweisung von Baugebieten zu verbieten“, kontert Kunkel. Auf die Argumente Gundlachs angesprochen, sagt der Rathauschef: Das Problem sei, dass bei Stadtentwicklungsthemen sofort „persönlich Betroffene“ aktiv würden – also Anwohner, die sich ihren Blick

auf die Weinberge nicht durch neue Häuser verstellen lassen wollten. Das könne er verstehen, so Kunkel, es könne aber nicht die Triebfeder dafür sein, dass nicht mehr gebaut werde. Schließlich sei er für die gesamte Stadt verantwortlich.

Kunkel: „Es ist nicht gesagt, dass wir da jemals bauen“

Auch nimmt Kunkel für sich in Anspruch, selbst in Sachen Wingertschutz aktiv zu sein. Als Beispiel nennt er die am Wiesweg ausgewiesene Fläche für eine Maschinenhalle der Staatsweingüter und andere aussiedlungswillige Winzer. „Verwundert“ ob der Vorwürfe zeigt sich Kunkel auch deshalb, weil man das Baugebiet Mönchhanach II, das noch Teil des alten Flächennutzungsplan gewesen sei, aus dem Entwurf für den neuen Plan herausgenommen habe. Auch der zweite Teil des Gebiets Ober Setzling sei passé. Für die Kern-

stadt seien nur zwei mögliche Wohngebiete enthalten, Hollerstrauch und Pestalozzistraßen-Areal, das seit Langem Entwicklungsfläche sei. Das Areal gehöre der Stadt und anderen Eigentümern; die Vermutung, Eigentümerinteressen seien treibende Kraft für die Umwidmungspläne, nennt er „Quatsch“.

Laut Kunkel geht es um eine Abrundung der Eltviller Gemarkung. „Es ist aber nicht gesagt, dass wir da jemals bauen.“ Das entschieden die Stadtverordneten. Allerdings müsse die Stadt „erkennbar Siedlungen planen“. Was aber im Umkehrschluss nicht bedeute, dass man nun in eine große Siedlungstätigkeit ver falle. Auch habe er nicht den Eindruck, dass es im Stadtparlament eine Mehrheit gebe, „alles zuzubetonieren“. Im Übrigen ist in Sachen Flächennutzungsplan Kunkel zufolge noch alles im Fluss. Der Entwurf gehe in die Diskussion, außerdem seien Bürgerversammlungen geplant.